



vielfalt familie

Zeitschrift des Zukunftsforum Familie (ZFF)

Ausgabe 27 | September 2017



Thema: Bundestagswahl 2017: Ein Blick auf Wahlprogramme der Parteien | Rückblick Fachtagung „Keimzelle der Nation?!: Familien(-politik) und rechte Werte“ | Neues ZFF-Grundlagenpapier //



*Liebe Leser*innen,*

der Bundestagswahlkampf ist in vollem Gange und eines haben wir bereits erreicht: Familienpolitik steht im Zentrum der politischen Auseinandersetzung! Damit ist die Frage verbunden, was Familien brauchen, um in der heutigen Gesellschaft gut leben zu können.

Die demokratischen Parteien vertreten hierzu unterschiedliche Ansätze, die sich zum Teil mit unseren fachlichen und politischen Vorstellungen decken. Es gibt aber auch rückwärtsgewandte Familien- und Geschlechterbilder, die nicht in unsere moderne Welt passen und denen energisch Widerstand geboten werden muss. Unter dem Motto „Die Vielfalt der Familie stärken“ #BTW17vielfaltZFF unterstützen wir daher Vorschläge für ein vielfältiges Familienleben. Die vorliegende Sonderausgabe der „vielfalt familie“ zur Bundestagswahl 2017 nimmt aus diesem Blickwinkel die Wahlprogramme der Parteien unter die Lupe. Darüber hinaus berichten wir von unseren Aktivitäten im Wahljahr und unserer Kooperationsveranstaltung mit der Friedrich-Ebert-Stiftung zum Thema Rechtspopulismus und Familie(-npolitik).

Eine Bitte habe ich noch: Gehen Sie wählen! Wählen Sie die Parteien, die für eine gleichberechtigte und vielfältige Gesellschaft stehen!

Ich wünsche Ihnen viel Spaß beim Lesen!

Herzliche Grüße, Ihre

Christiane Reckmann, Vorsitzende ZFF



**zukunftsforschung
familie e.v.**

Schwerpunkt

Bundestagswahl 2017: Vielfalt von Familie stärken!

Die Wertschätzung und Anerkennung der gelebten Vielfalt von Familienleben nimmt zu. Das zeigt etwa die kürzlich im Bundestag verabschiedete „Ehe für alle“, die breite gesellschaftliche Zustimmung findet.

Zugleich stehen Menschen, die in Patchwork- und Regenbogenfamilien leben, allein- oder getrennt erziehend sind oder über Ländergrenzen hinweg zueinanderfinden wollen, vielfach vor großen Herausforderungen.

Darüber hinaus beobachtet das ZFF mit großer Sorge, wie rechtspopulistische Bewegungen und Parteien in die öffentliche Wahrnehmung rücken, die reaktionäre Familienbilder propagieren und vielfältige Lebensweisen diffamieren.

**Für den Bundestagswahlkampf 2017 heißt es für das ZFF daher:
Die Vielfalt von Familie stärken!**

Aus Sicht des ZFF bedarf es politisch eines konsequenten Einsatzes für eine demokratische Gesellschaft, in der die Vielfalt von Lebensformen, Kulturen und Meinungen als Bereicherung begriffen wird. Im Folgenden haben wir daher – unter sechs Forderungen des ZFF zur Stärkung der Vielfalt von Familie – einen Blick auf die Wahlprogramme einzelner Parteien geworfen¹. Ebenfalls lassen wir die kinder- und familienpolitischen Sprecher*innen der derzeit im Bundestag vertretenen Parteien mit einem Statement zu Wort kommen. Wichtig ist uns aber auch, uns mit dem Programm der AfD zu beschäftigen und damit die diskriminierenden und rückwärtsgewandten Familien- und Geschlechterbilder dieser Partei aufzuzeigen, die keinen Platz in unserer demokratischen Gesellschaft haben.



© Selma/photocase.de

Z ZFF-Forderung 1

Vielfältige Familienformen stärken und anerkennen!

Familie ist Vielfalt. Eine gute Familienpolitik muss dieser Vielfalt gerecht werden und sie in all ihren Formen unterstützen. Vor allem Allein-, aber auch Getrenntziehende sind noch mehr als andere Familienformen auf ein verlässliches Unterstützungsangebot angewiesen. Auch die Realisierung von Kinderwünschen durch reproduktionsmedizinische Verfahren, soweit sie ethisch vertretbar sind, muss allen Familienformen offen stehen.

Nach Ansicht der **CDU/CSU** sollen Menschen selbst entscheiden, wie sie ihr Zusammenleben gestalten und ihren Alltag organisieren. Alleinerziehende Eltern, die nach der Geburt ihrer Kinder auf Berufstätigkeit verzichtet haben, erhalten eine regelmäßige Beratung über Möglichkeiten zur beruflichen Wiedereingliederung.

Neben einer besseren Beratung und Unterstützung für Alleinerziehende, möchten die **SPD** und **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** ein modernes Familien- und Abstammungsrecht, das die Vielfalt von Familien widerspiegelt. Rechte und Pflichten von leiblichen und sozialen Eltern müssen klar definiert werden. Das Wohl der Kinder muss dabei im Mittelpunkt stehen.

Die **SPD** möchte darüber hinaus Eltern erleichtern, sich auch nach der Trennung gemeinsam um ihre Kinder zu kümmern. Hier ist ein Umgangsmehrbedarf für Eltern im ALG-II-Bezug geplant.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN konkretisieren ihre Vorstellungen über ein modernes Familienrecht mit dem Vorschlag, ein

Rechtsinstitut der elterlichen Mitverantwortung zu etablieren.

Dies schlägt auch **DIE LINKE** vor: Bis zu vier Personen können Eltern für ein Kind sein, also in Co-Elternschaft das gemeinsame Sorgerecht innehaben. Reproduktionsmedizin muss auch nicht-verheirateten, lesbischen und Single-Frauen durch Kostenübernahme der Krankenkassen zur Verfügung stehen.

Mehrelternfamilien möchte auch die **FDP** bei der rechtlichen Elternschaft besser abbilden z. B. durch Elternschaftsvereinbarungen und einer „Mit-Mutterschaft“ bei Zeugung durch eine Samenbank. Vor allem Trennungsväter möchte die stärken, indem sie das sogenannte „Wechselmodell“ nach Trennung und Scheidung zum Regelfall machen will. Darüber hinaus soll die Eizellspende und nichtkommerzielle Leihmutterchaft unter Auflagen erlaubt werden.

Die **AfD** möchte die Familienrechtsreform von 1977 zurücknehmen und die Schuldfrage im Ehescheidungsfall wieder einführen. Familienpolitik soll sich am Bild von Vater, Mutter und Kind orientieren. Die **AfD** ist gegen jede Darstellung von Einelternfamilien als normalen, fortschrittlichen oder gar erstrebenswerten Lebensentwurf. Unterstützung sollte daher nur unter bestimmten Auflagen gewährt werden. Trennungsväter möchte die **AfD** jedoch stärken und ihnen u.a. mehr Umgang ermöglichen.

Z ZFF-Forderung 2

Geflüchtete Familien willkommen heißen!

Jeder Mensch hat ein Recht auf Familie! Dieses Recht aber tatsächlich leben zu

können, gestaltet sich für einige Familien in der Realität deutlich schwieriger als für andere. Dies betrifft insbesondere Familien, die durch Ländergrenzen getrennt sind. Das ZFF positioniert sich für ein Aufenthaltsrecht, das nicht die Trennung von Familien über Ländergrenzen hinweg erzwingt, sondern Familienleben vielmehr in unterschiedlichen Konstellationen und über Generationen hinweg möglich macht.

Die Integration und Verbesserung der Lage von geflüchteten Familien sind in den Wahlprogrammen von **SPD**, **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** und **DIE LINKE** ausdrücklich benannt. Vor allem wollen sich diese Parteien für die Aufhebung von Begrenzungen beim Familiennachzug einsetzen. Ferner sollen anerkannte Asylbewerber*innen schneller integriert werden. Hierfür sollen die verpflichtenden und berufsqualifizierenden Sprachkurse ausgebaut werden, genauso wie Bildungs-, Ausbildungs- und Arbeitsangebote. Besonders Frauen und Mütter aus Einwanderungsfamilien sollen mit diesen Angeboten erreicht werden.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen mehr Personal an den Deutschen Botschaften einsetzen, um Wartezeiten auf Familienangehörigen-Visa zu verkürzen.

DIE LINKE fordert die Abschaffung vorgeschalteter Deutsch-Tests beim Ehegattennachzug und im Aufenthaltsrecht.

Die **CDU/CSU** möchte, dass die Zahl der nach Deutschland kommenden Flüchtlinge dauerhaft niedrig bleibt. Dafür ist u.a. eine schnellere Rückführung von abgelehnten Asylbewerber*innen geplant. Integration soll durch das Erlernen der deutschen Sprache gelingen.

Für die **FDP** sollen Talente von Zuwandernden gefördert und ihre Potenziale und Visionen für den deutschen Arbeitsmarkt nutzbar gemacht werden. Darüber hinaus fordert die **FDP** ein Teilnahmerecht für Flüchtlinge am Schulunterricht unabhängig vom Aufenthaltsstatus.

Die **AfD** lehnt jeglichen Familiennachzug für Flüchtlinge ab und fordert die sofortige Rückführung aller abgelehnten Asylbewerber*innen. Eine erfolgreiche Integration hält die **AfD** für unmöglich und viel zu teuer.

Z ZFF-Forderung 3

Das Ehegattensplitting abschaffen!

Die „Ehe für alle“ begrüßen wir sehr, aber Eheprivilegien gehören für uns in die Motte. Das Ehegattensplitting ist eine ungerechte und von der sozialen Realität überholte Regelung im deutschen Steuersystem. Das Splitting kommt ausschließlich in Ehen lebenden Paaren zugute, unabhängig davon, ob sie Kinder großziehen und/oder Angehörige pflegen oder nicht. Alleinerziehende, unverheiratete Paare oder in neuen Patchwork-Konstellationen lebende Menschen haben nichts davon. Zudem behindert es die Erwerbstätigkeit und die eigenständige soziale Sicherung von (Ehe-)Frauen. Die Einführung eines Familiensplittings ist für das ZFF keine Alternative: Es begünstigt insbesondere Alleinerverdiener*innen mit hohem Einkommen und mehreren Kindern.

Die **SPD** und **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** wollen das Ehegattensplitting für Neuehen abschaffen und durch einen Familientarif (**SPD**) oder ein Familienbudget (**Grüne**) ersetzen. Mit dem Familientarif der **SPD** soll die gemeinsame steuerliche Veranlagung beibehalten und eine Übertragung von bis zu 20.000 Euro auf den/die Ehepartner*in möglich gemacht werden. Zusätzlich wird ein Kinderbonus von 150 Euro für jedes Kind als Abzug von der Steuerschuld gewährt, der allen Familienformen zur Verfügung steht. Das Familienbudget von **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** beinhaltet für Neuehen den Übergang zu einer Individualbesteuerung bei gleichzeitiger Einführung einer Kindergrundsicherung. Für bereits Verheiratete bestehen Wahlmöglichkeiten zwischen dem alten System oder neuem

Familientarif (**SPD**) oder der Individualbesteuerung und Kindergrundsicherung (**Grüne**).

DIE LINKE möchte das Ehegattensplitting abschaffen und durch Steuermodelle (mit übertragbarem Grundfreibetrag) ersetzen, die der Vielfalt der Lebensweisen mit Kindern gerecht werden.

FDP und **CDU/CSU** möchten am Splittingverfahren festhalten und durch die weitere Anhebung der Kinderfreibeträge Familien über das progressive Steuersystem weiter entlasten.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und die **FDP** wollen darüber hinaus ein neues Rechtsinstitut neben der Ehe schaffen. Mit einem Pakt für das Zusammenleben (**Grüne**), einem Rechtsinstitut einer Verantwortungsgemeinschaft (**FDP**) oder einem System der Wahlverwandtschaften (**Linke**), soll das Zusammenleben und die Verantwortungsübernahme jenseits der Ehe und einer Liebesbeziehung abgesichert werden.

Die **AfD** möchte ein Familiensplitting mit angemessenen Freibeträgen pro Familienmitglied.

Z ZFF-Forderung 4

Die Gleichstellung der Geschlechter gestalten!

Das ZFF ist davon überzeugt, dass eine Politik für Familien nicht losgelöst von der gesellschaftlichen Gleichstellung aller Geschlechter gestaltet werden kann! Frauen und Männer müssen gleichermaßen in die Lage versetzt werden, durch Erwerbstätigkeit eine eigenständige finanzielle und soziale Absicherung – auch im Alter – zu erreichen. Umgekehrt müssen alle Geschlechter im Sinne von Partnerschaftlichkeit Verantwortung für die Erziehung von Kindern, für die Pflege von Angehörigen oder für ehrenamtliches Engagement übernehmen können.

SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE aber auch die **CDU/CSU** möchten in der nächsten Legislaturperiode das Rückkehrrecht auf den vorherigen Arbeitszeitstandard einführen.

Die **SPD** möchte darüber hinaus moderne Gleichstellungspolitik eng mit guter Politik

für Familien verbinden. Dazu gehört ein Aktionsplan Gleichstellung, die Einrichtung von Beratungs- und Servicestellen und die Herstellung von Lohngleichheit u.a. durch die Aufwertung sozialer Berufe und die Einführung einer Gesamtstrategie für Frauen in Führungspositionen.

Für die **SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** und **DIE LINKE** soll darüber hinaus das Transparenzgesetz zu einem Entgeltgleichheitsgesetz mit Verbandsklagerecht weiterentwickelt und auch kleine und mittlere Unternehmen ab 50 Beschäftigten kontrolliert einbeziehen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN möchten Berufe mit hohem Frauenanteil gesellschaftlich und finanziell aufwerten und eine Verpflichtung von Gewerkschaften und Arbeitgebern einführen, Tarifverträge und Vereinbarungen auf Geschlechter-Diskriminierung zu überprüfen. Darüber hinaus soll ein neuer Vollzeit-Arbeitszeitkorridor im Bereich von 30 bis 40 Stunden eingeführt werden.

DIE LINKE möchte eine umfangreiche „Care Revolution“ einleiten, die u.a. eine solidarische Pflegevollversicherung, eine volle Anrechnung von Kindererziehungszeiten bei der Rente und eine Neubewertung aller gesellschaftlich erforderlichen Tätigkeiten beinhaltet. Ebenfalls soll die Streichung der §§ 218 und 219 aus dem Strafgesetzbuch vorgenommen werden.

Für die **FDP** bedeutet Gleichstellungspolitik flexible Arbeitszeitmodelle, digitale Arbeitsplätze und eine Ermunterung von Frauen, klassische Männerbranchen zu erobern. Darüber hinaus wünscht sich die **FDP** mehr Frauen in Führungspositionen jedoch ohne eine gesetzliche Frauenquote.

Für die **CDU/CSU** ist Gleichstellungspolitik Frauenpolitik. Geplante Maßnahmen sind die Ermöglichung für Frauen, sozialversicherungspflichtig zu arbeiten und das Entgelttransparenzgesetz auf seine Wirksamkeit zu überprüfen.

Für die **AfD** ist Gleichstellungspolitik reine Propaganda, denn sie stellt naturgegebene Geschlechterunterschiede in Frage und zerstört damit die durch die Verfassung geschützte Ehe und Familie. Die **AfD** möchte darüber hinaus Abtreibungen verbieten und meldepflichtig machen.

Z ZFF-Forderung 5

Die Vereinbarkeit von Familie/Pflege und Beruf ermöglichen!

Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf sind wichtige Bestandteile einer Politik zur Gleichstellung der Geschlechter. Diese erschöpft sich allerdings nicht in Vereinbarkeitsregelungen. Eine qualitativ hochwertige, verlässliche und den tatsächlichen Betreuungsbedarfen angepasste Kinderbetreuung ist ein wesentliches Element für eine bessere Vereinbarkeit. Genauso gehören bezahlte und befristete Auszeiten für die Erziehung von Kindern oder für die Pflege Angehöriger zu den zentralen Maßnahmen. Für das ZFF ist klar, dass dabei das Wohlergehen und die Interessen von Kindern oder Pflegebedürftigen der Maßstab sein müssen. Vereinbarkeit braucht aber auch Zeit.

Für die CDU/CSU, die SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE sind eine gute Vereinbarkeit von Familie und Beruf eng mit guter Ganztagesbetreuung in Kita und Schule verknüpft.

Die CDU/CSU möchte prüfen, ob im Rahmen von Familien- und Lebensarbeitszeitkonten mehr Spielraum für Familienzeit geschaffen werden kann. Auch die Tarifpartner sind gefordert, flexible Modelle zu entwickeln, die es Familien ermöglichen, gemeinsam mehr Zeit miteinander zu verbringen.

Die SPD möchte mit einer Familienarbeitszeit und dem Familiengeld in Höhe von 150 Euro Eltern und pflegende Angehörige bei der Vereinbarkeit unterstützen und mehr Partnerschaftlichkeit wagen. Ebenfalls möchte die SPD gemeinsam mit den Ländern Kita-Gebühren schrittweise abschaffen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN möchten das Elterngeld zu einer KinderzeitPlus weiterentwickeln. Von den insgesamt vorgesehenen 24 Monaten sind acht Monate für die Mutter und acht Monate für den Vater reserviert. Acht weitere Monate können die beiden untereinander aufteilen. Alleinerziehende erhalten die 24 Monate komplett.

Für die FDP soll Qualität in der Schule über Bildungsgutscheine gesichert werden. Für eine bessere Vereinbarkeit soll darüber hinaus der Haushalt als privater Arbeitgeber

gestärkt werden. Ähnlich wie die CDU/CSU möchte die FDP eine flächendeckende Einführung und Stärkung von Langzeitkonten.

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf stellt kein Thema für die AfD dar. Die AfD setzt sich dafür ein, dass die Familie von einem Gehalt leben kann und kleine Kinder wieder primär zu Hause betreut werden. Der Staat hat dafür Sorge zu tragen, diese Erziehung der Kinder durch die Eltern entsprechend zu entlohnen.

Z ZFF-Forderung 6

Kinderarmut bekämpfen!

Um die Folgen von Kinderarmut zu beheben und langfristig allen Kindern ein chancengerechtes Aufwachsen zu ermöglichen, müssen auf kommunaler, landes- und bundespolitischer Ebene bessere Bedingungen und neue Strukturen geschaffen werden. Dabei darf es nicht zu einem Scheingefecht zwischen Geld und Investitionen in Bildung und Betreuung kommen. Sowohl für ein wirksames und durchlässigeres Bildungssystem als auch für finanzielle Transfers müssen genügend finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden. Erst beides zusammen stärkt Kinder und deren Eltern. Gemeinsam mit dem Bündnis KINDERGRUNDSICHERUNG setzt sich das Zukunftsforum Familie seit 2009 für einen Systemwechsel in der Familienförderung ein.

Um Kinderarmut zu bekämpfen, möchte die CDU/CSU allen Kindern den Zugang zu „bestmöglicher Erziehung, Bildung und Betreuung“ ermöglichen. Zusätzlich soll das Kindergeld in einem ersten Schritt um 25 Euro erhöht werden.

Die SPD möchte Armut von Kindern durch ein nach Einkommen und Kinderzahl gestaffeltes Kindergeld (Kindergeld + Kinderzuschlag) bekämpfen. Darüber hinaus soll das Konzept der Existenzsicherung für Kinder regelmäßig überprüft und gegebenenfalls angepasst werden. Die Rechte von Kindern und Familien sollen auch in Bezug auf Teilhabechancen im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe (SGB VIII) weiter gestärkt werden.


Auch für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat die Bekämpfung der Kinderarmut Priorität. Maßnahmen stecken in einem Familienbudget mit drei Säulen: Regelsätze erhöhen;

Kindergeldbonus (für Alleinerziehende und Familien mit geringem Einkommen) und eine Kindergrundsicherung einführen, die mit der Einführung einer Individualbesteuerung mit einem übertragbaren Grundfreibetrag verknüpft werden soll. Die bisherigen Leistungen des Bildungs- und Teilhabepakets sollen für die betroffenen Kinder zum Teil durch einen vom Bund finanzierten kostenfreien Zugang zu den entsprechenden Angeboten und zum Teil im Regelsatz gewährt werden.

DIE LINKE möchte Kinderarmut mit existenzsichernder Arbeit für die Eltern, einem eigenständigen Aktionsplan gegen Kinderarmut und durch eine bessere öffentliche soziale Infrastruktur bekämpfen. Sofortmaßnahmen sind für DIE LINKE die Erhöhung des Kindergelds auf 328 Euro und in einem zweiten Schritt die Einführung einer Kindergrundsicherung in Höhe von 573 Euro.

Die FDP plant, alle kindbezogenen Leistungen zu einem „Kindergeld 2.0“ zusammenzufassen und von einer zentralen Stelle auszubezahlen. Die Leistung besteht aus folgenden Komponenten: dem einkommensunabhängigen Grundbetrag, dem einkommensabhängigen Kinder-Bürgergeld (Flexibetrag) und Gutscheinen für Leistungen für Bildung und Teilhabe.

Die AfD geht davon aus, dass Kinderarmut durch ein Familiensplitting und durch Förderung von Wohneigentum sowie einer besseren Berücksichtigung von Eltern in der Rentenversicherung bekämpft werden könnte. Eltern soll ein längerer Anspruch auf Arbeitslosengeld I zugestanden und ihre Neueinstellung durch Wiedereingliederungshilfen an den Arbeitgeber gefördert werden.

Die hier vorgestellte Synopse stellt eine Auseinandersetzung des ZFF mit Wahlprogrammen ausgewählter Parteien zur Bundestagswahl 2017 dar und hat keinen Anspruch auf Vollständigkeit. 

(Renate Drewke/Nikola Schopp)

Schwerpunkt

*Statements der kinder- und familienpolitischen Sprecher*innen der im Bundestag vertretenen Parteien zur Zukunft einer vielfältigen Familienpolitik*

Dr. Franziska Brantner

MdB und kinder- und familienpolitische Sprecherin der Bundestagfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN



Foto: Thoralf Frennelt

Familien sind inzwischen so vielfältig wie das Leben selbst: Wir machen Politik, die Familien in allen Formen und Modellen unterstützt. Deshalb sorgen wir dafür, dass die finanzielle Absicherung von Kindern und Familien nicht länger vom Lebensmodell der Eltern abhängt. So stärken wir auch die sozialen Eltern und wir verbessern die rechtliche Situation von Pflegefamilien. Für uns ist Familie nicht nur da, wo Kinder sind, sondern wo Menschen füreinander Verantwortung übernehmen. Daher wollen wir mit dem Pakt für das Zusammenleben eine neue Rechtsform schaffen, die das Zusammenleben zweier Menschen, die füreinander Verantwortung übernehmen, unabhängig von der Ehe rechtlich absichert.

Für uns ist klar: Familien brauchen mehr Unterstützung:

- Durch eine ausreichende Zahl wirklich guter Kitas und Schulen: Dazu werden wir Qualitätsstandards gesetzlich regeln und weitere 250.000 Plätze finanzieren.
- Durch eine wirksame Familienförderung: Mit dem grünen Familien-Budget schnüren wir ein 12 Mrd. Euro jährlich umfassendes Reformpaket, das die Familien entlastet, Kinderarmut bekämpft und Alleinerziehende stärkt.
- Durch neue Arbeitszeitinstrumente, die dafür sorgen, dass die Arbeit besser ins Leben passt: So hat mit unserer KinderzeitPlus jeder Elternteil Anspruch auf acht Monate finanzielle Unterstützung. Weitere acht Monate können die Eltern frei untereinander aufteilen. Im ersten Lebensjahr des Kindes können beide Eltern – nacheinander oder gleichzeitig – vollständig aus dem Beruf aussteigen. Danach ist eine Reduzierung der Arbeitszeit möglich.

Norbert Müller

MdB und Sprecher für Kinder- und Jugendpolitik der Bundestagsfraktion DIE LINKE.

Familie ist da, wo Menschen Verantwortung füreinander übernehmen: Als Lebensgemeinschaft, Ein-Eltern-Familie, als Klein- oder Großfamilie, als Ehepaar, als Mehrgenerationenhaushalt oder in anderen Formen der Gemeinschaft. Familie ist da, wo Menschen füreinander da sind, gleichgültig welchen Geschlechts. Wir haben uns daher für die Einführung der Ehe für alle stark gemacht. Gleichzeitig fordern wir, dass die Privilegien der Ehe zurückgenommen werden. So begünstigt das Ehegattensplitting beispielsweise eine klassische Hausfrauenehe oder Zuverdienst-Ehe, besonders von Gutverdienenden. Wir wollen es durch Steuermodelle ersetzen, die der Vielfalt von Familien gerecht werden und niemanden benachteiligen: nicht Alleinerziehende und Regenbogenfamilien oder allgemein

Menschen, die nicht heteronormativ oder in einer Ehe leben. Auch wollen der Vielfalt der Lebensweisen durch Einführung eines Systems von Wahlverwandtschaften unterstützen. Hierbei sollen nicht nur monogame Zweierbeziehungen Verantwortung füreinander übernehmen dürfen, sondern jegliche Gemeinschaft, die sich einander verbunden fühlt. Weiterhin setzt sich DIE LINKE für eine stärkere Förderung und Unterstützung von Familien und die konsequente Bekämpfung von Kinderarmut ein. Gegen Armut von Kindern und jungen Erwachsenen brauchen wir einen eigenständigen Aktionsplan gegen Kinderarmut. Wir wollen die öffentliche soziale Infrastruktur ausbauen, das Kindergeld deutlich erhöhen und eine eigenständige Kindergrundsicherung einführen.



Foto: privat

Sönke Rix

MdB und familienpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion



Auch wenn die Formulierung schon ein wenig abgenutzt ist – wahr ist sie trotzdem: Familie ist dort, wo Menschen füreinander Verantwortung übernehmen – von der klassischen Ehe zwischen Mann und Frau über alleinerziehende Mütter und Väter, Patchworkfamilien bis zum gleichgeschlechtlichen Paar. Aus dieser Überzeugung heraus haben wir stets für die „Ehe für alle“ gekämpft, die ausdrücklich das Adoptionsrecht für gleichgeschlechtliche Paare miteinschließt. Dieses Ziel haben wir zum Abschluss der Legislaturperiode erreicht – und damit ein wichtiges Signal für die Vielfalt! Gleichzeitig machen die Reaktionen auf diese Entscheidung, sei es in konservativen Medien oder bei rechtspopulistischen Parteien, einmal mehr deutlich: Wir dürfen nicht nachlassen, den Wert der Vielfalt zu verteidigen.

Für uns steht fest: Wir wollen Politik für ALLE Familien machen und u.a. dafür sorgen, dass Familie, Beruf und Pflege besser zusammengehen. Viele Eltern wünschen sich, ihre Arbeit, die Kindererziehung oder die Pflege von Angehörigen besser untereinander aufteilen zu können. Bislang heißt das allerdings, finanzielle und berufliche Nachteile in Kauf nehmen zu müssen. Das wollen wir mit der Einführung der Familienarbeitszeit und des Familiengeldes ändern, von denen auch Allein- und Getrennterziehende profitieren sollen. Außerdem werden wir künftig Kinder noch stärker unterstützen: Ein neuer Familientarif soll das alte Ehegattensplitting ersetzen und auf die Förderung von Kindern ausgerichtet sein. Das gilt für verheiratete wie unverheiratete Eltern mit Kindern.

Marcus Weinberg

MdB und Sprecher für Familienpolitik der CDU-Bundestagsfraktion

In Familien sorgen Menschen füreinander, Bindungen werden aufgebaut, Verantwortung wird übernommen. Das müssen wir politisch anerkennen und honorieren. Dabei spielt es keine Rolle, ob es sich um die traditionelle Familie handelt, um Alleinerziehende, Patchwork-Familien, nicht-eheleiche Lebensgemeinschaften oder gleichgeschlechtliche Partnerschaften. Unsere Aufgabe ist es, Familien in ihrer ganzen Vielfalt weiter zu stärken und finanziell zu entlasten. Nicht unsere Aufgabe ist es hingegen, ihnen ein von uns favorisiertes Lebensmodell vorzuschreiben. Nach unserer festen Überzeugung muss jede Familie eigenverantwortlich leben und selber entscheiden dürfen, wie sie ihren Alltag gestaltet. Dabei erfährt sie unsere volle Unterstützung. Das spiegelt sich auch in unserem Regierungsprogramm wieder. Es stellt die Familie in den Fokus. Ein Bündel von Maßnahmen stärkt und entlastet Familien mit Kindern

und Kinder in Familien. Wir erhöhen zum Beispiel deutlich die Freibeträge und das Kindergeld. Mit dem Baukindergeld und Entlastungen bei der Grunderwerbssteuer helfen wir jungen Familien dabei, Wohneigentum zu erwerben. Und auch die Betreuung von Kindern wird weiterentwickelt. Nachdem wir bereits einen Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz und auch auf einen Krippenplatz eingeführt haben, werden wir in der nächsten Legislaturperiode auch einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung im Grundschulalter einführen. So erleichtern wir, auch durch die Weiterentwicklung von Zeitkonten, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Damit stärken wir die Eigenständigkeit der Familien in unserem Land.



Rückblick

Fachtagung: „Keimzelle der Nation?!: Familien(-politik) und rechte Werte“



Foto: Kai Döring

rechtspopulistischer Bewegungen und Parteien wie der AfD spielt. Ein Ergebnis der Fachtagung war die Erkenntnis, dass ein reaktionäres Familienbild einerseits ein wichtiges Bindeglied der verschiedenen Strömungen innerhalb dieser Partei darstellt, andererseits nach außen eine Schnittmenge zur konservativ bürgerlichen Mitte bildet. Darauf aufbauend wurden der Umgang mit rechten Einstellungen und auf Solidarität und Vielfalt bezogene Ansätze präventiver Arbeit innerhalb von Familien, in Betreuungs- und Bildungseinrichtungen sowie in der Gewerkschaftsarbeit diskutiert. Am Ende dieses Diskurses waren sich alle Teilnehmenden einig, dass es breite zivilgesellschaftliche und politische Bündnisse und tägliches couragiertes Handeln im Einsatz für eine vielfältige Gesellschaft und autonome Familienmodelle braucht.

Auch in Deutschland ist seit geraumer Zeit ein Erstarken rechter Einstellungen zu beobachten, was sich auch parlamentarisch in Wahlerfolgen der Alternative für Deutschland (AfD) niederschlägt. Angesichts dieser besorgniserregenden Entwicklung widmete sich das ZFF

in Kooperation mit der Friedrich-Ebert-Stiftung in einer Veranstaltung unter dem Titel „Keimzelle der Nation?! Familien(-politik) und rechte Werte“ diesem Thema.

Ausgangspunkt war die Frage, welche konkrete Rolle Familienpolitik innerhalb

Die Dokumentation zur gemeinsamen Veranstaltung „Keimzelle der Nation?! Familien(-politik) und rechte Werte“ vom Zukunftsforum Familie e. V. und der Friedrich-Ebert-Stiftung e.V. kann auf der Homepage des ZFF heruntergeladen oder als Druckexemplar bestellt werden.

(Birgit Merkel/Lisa Sommer)

Regionalveranstaltungen

„Vielfalt Familie“ vor Ort #BTW17vielfaltZFF

Die Vielfalt der Familie zu stärken und rechtspopulistischen Familien- und Geschlechterbildern entgegenzutreten, ist ein zentrales Handlungsmotiv des ZFF und Schwerpunkt im Wahljahr 2017. Gemeinsam mit unseren Mitgliedern und befreundeten AWO-Gliederungen greifen wir dieses Thema auch auf drei Regionalveranstaltungen auf:

Am 21. August fand die Diskussion „Vielfalt Familie. Für eine moderne Familienpolitik“ in Erfurt statt – in Kooperation mit den NaturFreunden Thüringen e.V. Erfurter Kandidat*innen zur Bundestagswahl diskutierten mit einem großen Publikum

zu der Frage, wie vielfältiges Familienleben besser möglich gemacht werden kann und wie wir uns mit dieser Haltung klar von rechten Gruppierungen abgrenzen können. Alle Teilnehmer*innen und Diskutierenden waren sich einig, dass der Vielfalt von Familie in Politik und Gesellschaft stärker Rechnung getragen werden muss. Hierfür sind vorallem rechtliche und finanzielle Rahmenbedingungen notwendig.

Am 18. September diskutieren wir gemeinsam mit dem AWO Kreisverband Trier-Saarburg e.V. und der Wahlkreiskandidatin und Bundesfamilienministerin Dr. Katarina Barley in Kordel. Neben ei-

nem Rückblick auf die familienpolitischen Errungenschaften der letzten vier Jahre, wollen wir in die Diskussion mit weiteren Kandidat*innen für die Bundestagswahl im Landkreis Trier-Saarburg treten und gemeinsam ein vielfältiges Familienbild unterstützen.

Die Ergebnisse der Diskussionen werden in unsere fachpolitische Auseinandersetzung mit den Parteien und Bundestagsfraktionen sowie der zukünftigen Bundesregierung einfließen.

(Christiane Reckmann/Alexander Nöhning)

Neue Mitglieder im ZFF

Das ZFF konnte seine Stärke und Vielfalt durch vier neue Mitgliedschaften im Jahr 2017 weiter steigern. Wir sagen herzlich Willkommen und freuen uns auf die zukünftige Zusammenarbeit.



Der Sommerberg AWO Betriebsgesellschaft mbH

Kinder, Jugendliche und Erwachsene – jeder hat das Recht auf ein selbstbestimmtes Leben. Wer dabei Unterstützung benötigt, findet sie bei uns. Menschen in jeder Lebensphase mit und ohne Behinderungen erhalten von uns die Unterstützung, die sie weiterbringt und genau zu ihnen passt.

Der Sommerberg – das sind engagierte Menschen, die versuchen, persönliche Probleme zu verstehen. Mit Respekt vor individuellen Lebensentwürfen und viel Erfahrung mit schwierigen Situationen. Gemeinsam schaffen wir neue Perspektiven. Zum Leben.

www.awo-der-sommerberg.de



AWO Bezirksverband Württemberg e.V.

Der AWO Bezirksverband Württemberg e.V. ist der Dachverband von 17 Kreisverbänden und über 100 Ortsvereinen zwischen Bodensee und der Tauberregion. Er fungiert als Spitzenverband und nimmt gegenüber Politik und Verwaltung, aber auch in den fachpolitischen Gremien auf Landes- und Bundesebene die Interessen der AWO wahr.

Der Bezirksverband ist Träger der Freiwilligendienste und einer Berufsfachschule für Altenpflege und Altenpflegehilfe. Zugleich betreibt er mittels seiner Tochtergesellschaften Einrichtungen der stationären und ambulanten Altenhilfe. Seit 2017 sind Christian Ruppert und Arnd von Boehmer Geschäftsführer des AWO Bezirksverbandes Württemberg e.V., Vorsitzender ist Nils Opitz-Leifheit.

www.awo-wuerttemberg.net



AWO Unterbezirk Unna

Die Arbeiterwohlfahrt im Kreis Unna gliedert sich in den Kreisverband und den Unterbezirk auf. Der Kreisverband bildet sich aus den Ortsvereinen und Stadtverbänden im Kreisgebiet und organisiert die ehrenamtlichen Aufgaben des Verbandes mit seinen 3.400 Mitgliedern.

Hier haben sich Menschen zusammengefunden, um bei der Bewältigung sozialer Probleme und Aufgaben mitzuwirken und um den demokratischen, sozialen Rechtsstaat zu verwirklichen.

Der Unterbezirk verantwortet und koordiniert die hauptamtlichen Tätigkeiten der AWO und der Tochtergesellschaften APLO Service GmbH, BILDUNG + LERNEN gGmbH und der DasDies Service GmbH. Die Angebote reichen vom Betrieb von Kindertageseinrichtungen, der Familienbildungsstätte, über berufliche Qualifizierungsmaßnahmen, die Betreuung von Menschen mit Behinderungen und die ambulante Pflege älterer Menschen.

www.awo-un.de

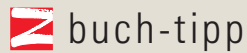


Naturfreunde Thüringen e. V.

Junge Familien erleben bei uns Naturaktivitäten mit Gleichgesinnten. Kinder und Jugendliche finden internationale Freunde auf Freizeiten mit langjährigen Partnern aus Tschechien, der Türkei, der Ukraine oder Spanien. Ältere Mitglieder fühlen sich in der Gemeinschaft wohl und bleiben aktiv in der Natur. Auf Seminaren ermutigen wir Kinder, Jugendliche und Erwachsene dazu, sich aktiv einzubringen: im Verband sowie in der Gesellschaft. Wir unterstützen Familien bei der Umsetzung ihrer Interessen und bieten aktiven Ausgleich zum Alltagsleben. Dabei stehen die Naturfreunde für einen modernen Familienbegriff: Familien ist überall dort, wo Menschen füreinander eintreten und Verantwortung füreinander übernehmen. Oft sind dabei mehrere Generationen beteiligt.

www.naturfreunde-thueringen.de

(Wolfgang Stadler/Janine Örs)



Familienpolitische Grundlagen des ZFF

Die Mitgliederversammlung des ZFF hat sie im Dezember 2016 verabschiedet: Die „Grundlagen einer guten Politik für Familien“. Damit erneuert das ZFF seinen Anspruch als politischer Fachverband, der die Vielfalt des Familienlebens in den Mittelpunkt rückt, aktuelle Herausforderungen für Familien in ihrem Alltag konsequent benennt und Politik von den Menschen aus denkt, die täglich füreinander Verantwortung übernehmen, Sorge tragen und Zuwendung schenken. Mit diesem unverändert gebliebenen Familienbild stehen wir in der Tradition der Arbeiterwohlfahrt und ihrer Werten der Solidarität, Toleranz, Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit. Hierzu formulieren wir den Leitsatz: „Das Zukunftsforum Familie tritt dafür ein, dass alle Familien und ihre Mitglieder gut leben können. Nicht mehr und nicht weniger ist unser Ziel!“

In einem intensiven Diskussionsprozess im Vorstand und mit unseren Mitgliedern haben wir neun Dimensionen einer guten Politik für Familien identifiziert: Von der Forderung, der Vielfalt des Familienlebens gerecht zu werden

über die Verhinderung von Armut, der Sicherstellung von Infrastruktur, der Anerkennung von Bildungsprozessen, von Zeit für Familien sowie von Gleichstellung und Partnerschaftlichkeit bis hin zum Zusammenhalt der Generationen, der Gewährleistung von Inklusion und der Unterstützung von Familienplanung und Familiengründung.

Für die Zukunft werden es die Hauptaufgaben des ZFF bleiben, die Umverteilung einseitiger Belastungen durch Sorgearbeit hin zu verlässlichen Modellen der Vereinbarkeit und Partnerschaftlichkeit sowie die Vermeidung von Armutsfällen durch Familie- und/oder Fürsorgearbeit voranzutreiben. Die Grundgedanken von Vielfalt, Daseinsvorsorge, Risikobegrenzung und Inklusion sollen dabei leitend sein. Dafür streiten wir und freuen uns über alle, die uns dabei unterstützen!

Die „Grundlagen einer guten Politik für Familien“ liegen in gedruckter Form vor und können auf unserer Homepage bestellt und heruntergeladen werden.

(Dieter Heinrich/Alexander Nöhring)

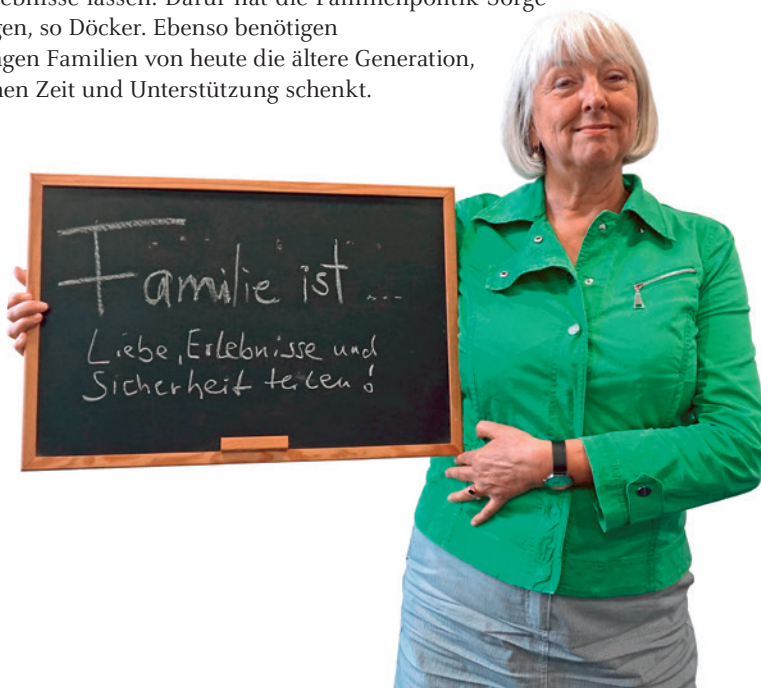


»Familie ist ...

... Liebe, Erlebnisse und Sicherheit teilen«

Brigitte Döcker ist seit 2010 Mitglied des Vorstands des AWO Bundesverbandes. Die Diplom-Erziehungswissenschaftlerin setzt sich für die Anerkennung einer vielfältigen und bunten Gesellschaft und damit für gute und gelingende Integration, Geschlechter- und Generationengerechtigkeit ein.

Um in und mit der Familie Liebe, Erlebnisse und Sicherheit teilen zu können, braucht es Zeit und Geld. Familien brauchen daher ein ausreichendes Einkommen, aber auch gute Arbeitsbedingungen, die Raum für gemeinsame Erlebnisse lassen. Dafür hat die Familienpolitik Sorge zu tragen, so Döcker. Ebenso benötigen die jungen Familien von heute die ältere Generation, die ihnen Zeit und Unterstützung schenkt.



Impressum:

Herausgeber: Zukunftsforum Familie e. V.

Markgrafenstr. 11, 10969 Berlin

Tel.: 030 259272820

E-Mail: info@zukunftsforum-familie.de

www.zukunftsforum-familie.de

[facebook/zukunftsforum-familie](https://facebook.com/zukunftsforum-familie)

Ausgabe 27/2017

Redaktion: Dieter Heinrich, Janine Örs, Alexander Nöhring, Nikola Schopp, Lisa Sommer

Nähere Informationen zu den Autorinnen und Autoren der Artikel finden Sie auf der ZFF-Homepage.

Endredaktion und V.i.S.d.P.: Nikola Schopp

Gestaltung: büro G29, Aachen

Titelfoto: Seleneos/photocase.de

„vielfalt familie“ erscheint im Jahr 2017 in Form dieser Sonderausgabe zur Bundestagswahl. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird keine Haftung übernommen. Der Abdruck und die Vervielfältigung des Inhalts sind nach Absprache und erwünscht. Die aktuellen Ausgaben stehen unter www.zukunftsforum-familie.de zum kostenlosen Download bereit. Alle Rechte liegen beim Zukunftsforum Familie e. V.



www.zukunftsforum-familie.de

[facebook/zukunftsforum-familie](https://facebook.com/zukunftsforum-familie)